

Der Bundesminister des Innern
II B 4 – 223 100/1

Bonn, den 23. Juli 1964

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Zusammentreffen von Pensionen und Renten aus den
gesetzlichen Rentenversicherungen**

Bezug: **Kleine Anfrage der Fraktion der FDP**
– **Drucksache IV/2461** –

Die Kleine Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zu 1.

Die Frage läßt sich nicht einheitlich für alle Bundesverwaltungen beantworten. Es sind etwa im Bereich der Bundesbahn 85 %, der Bundespost 30 % und der Bundesarbeitsverwaltung 65 % der Versorgungsempfänger, bei denen Pensionen mit Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen zusammentreffen; bei den übrigen Bundesverwaltungen liegen die Prozentsätze im allgemeinen niedriger.

Zu 2.

Der Bundesregierung ist der Verwaltungsaufwand bekannt.

Zu 3.

Da die Renten ungekürzt gezahlt werden, ist eine Verrechnung zwischen den Rentenversicherungsträgern und den Dienstherren, die die Versorgung tragen, nicht möglich.

In Vertretung
Dr. Schäfer